

## **Berufsfeld Österreichisches Bundeskanzleramt**

*Ana Jakil*

*Dr. Ana Jakil ist seit 2007 Referentin für die Koordination der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik im Bundeskanzleramt Österreich. Als promovierte Politikwissenschaftlerin ist sie Expertin im Bereich Governance für nachhaltige Entwicklung, wobei ihr Fokus auf Sustainability Governance Foresight und Policy-Analyse liegt. Zuvor war Ana Jakil als Forschungsstipendiatin beim Ökosozialen Forum Europa und beim American Council for United Nations University sowie als Studienassistentin an der Universität Wien und an der Los Angeles State University – Domingues Hills tätig.*

Das österreichische Bundeskanzleramt (BKA) ist das Ministerium des österreichischen Bundeskanzlers und damit die zentrale Schaltstelle für die Arbeit der gesamten österreichischen Bundesregierung. Eine der wichtigsten Ressortzuständigkeiten des BKA umfasst die Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stehen dabei die Vorbereitung der allgemeinen Regierungspolitik, das Hinwirken auf eine einheitliche Zusammenarbeit der Bundesministerien, die wirtschaftliche Koordination sowie die grundsätzlichen Angelegenheiten der Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Union (EU), einschließlich der Angelegenheiten des Europäischen Rates. Hier werden auch die Angelegenheiten der Raumordnung, Regionalpolitik und Strukturpolitik sowie die Sicherheitspolitik und die Angelegenheiten der umfassenden Landesverteidigung koordiniert. Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Angelegenheiten der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sowie die Geschäftsführung der Bioethikkommission und des Beirats für Baukultur, aber auch die Finanzkontrolle des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) dar.

Das österreichische BKA gliedert sich in sechs Sektionen. Die Sektion IV „Koordination“ umfasst derzeit acht Abteilungen, die als Spiegelabteilungen zu den Fachressorts agieren bzw. für klar abgegrenzte Politikfelder federführend zuständig sind. Die Abteilung IV/2 ist zum Beispiel für die Bereiche Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, nachhaltige Entwicklung, Verkehr, Umwelt und Nuklearangelegenheiten zuständig. Ihr Aufgabenbereich umfasst die Koordination im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik, die Umsetzung des Regierungsprogramms sowie die Teilnahme an den interministeriellen Abstimmungen in den einschlägigen Fachbereichen. Zudem koordiniert sie die fachrelevanten Vorbereitungsmaßnahmen für die Tagungen des Europäischen Rates und erstellt Unterlagen, Informationen, Briefentwürfe und Reden für den Bundeskanzler und sein Kabinett. Sie vertritt das BKA in nationalen und internationalen Gremien wie z.B. der Umweltförderungs- Altlastensanierungs- und JI/CDM<sup>1</sup>-Kommission, der technischen Arbeitsgruppe Emissionshandel, dem European Sustainable Development Network, der OECD Arbeitsgruppe Environmental Performance. Darüber hinaus ist die Abteilung IV/2 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ko-federführend für die Umsetzung und Erneuerung der gesamtösterreichischen, nationalen und EU Strategie für nachhaltige Entwicklung zuständig.

---

<sup>1</sup> Joint Implementation und Clean Development Mechanism

Der Arbeitsalltag eines Fachreferenten in der Sektion Koordination ist vielfältig und stark vom tagesaktuellen Geschehen bestimmt. Neben dem politikwissenschaftlichen, juristischen, wirtschaftlichen aber auch naturwissenschaftlichen Fachwissen sind hohe Flexibilität, Lernfähigkeit, Teamfähigkeit, gute Englisch- und Französischkenntnisse und Verhandlungskompetenz gefragt. Die oft inhaltlich wie prozedural hoch komplexen Sachverhalte verlangen die Fähigkeit zum raschen und wissensbasierten Erfassen der Politikprobleme und –Lösungen und zum Verfassen von möglichst prägnanten und problembezogenen Politikanalysen. Im Rahmen der Politikkoordination ist darüber hinaus die Fähigkeit zur Rekonstruktion der Zielkonflikte und zur Übersetzung des Fachwissens in die Sprache der thematischen Teildiskurse erforderlich. Auch offene partizipative bzw. Governance Ansätze, wie öffentliche Konsultationen, informelle Workshops, Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen unter Einbeziehung einer breiten Palette von Stakeholdern gewinnen an Bedeutung. Die Kenntnisse der Politikinstrumente zur ex-post und ex-ante Analyse der politischen Entscheidungen wie z.B. die Folgenabschätzung sind von Vorteil.

Das Studium der Politikwissenschaft bietet insbesondere mit seinen Teilbereichen Politikfeldanalyse, politische Ökonomie, europäische Integration und internationale Politik eine gute Grundlage zum Erwerb dieser Fähigkeiten. Nach Möglichkeit sollte zudem eine thematische Spezialisierung in bestimmten Politikfeldern, wie beispielsweise Umwelt und Nachhaltigkeit im Rahmen einschlägiger wissenschaftlichen Arbeiten sowie Fachpraktika angestrebt werden. So könnten im Rahmen von Experteninterviews frühzeitig und fachbezogen auch Kontakte zu den Hauptakteuren in der Bundesverwaltung geknüpft werden.

Die Stellung der Politikwissenschaftler in der Bundesverwaltung und insbesondere in den Koordinationsabteilungen der Bundesministerien hat sich in den letzten Jahren verändert. Die hohe Komplexität der globalen Politikprobleme wie die Klima-, Finanz- und Wirtschaftskrise haben die traditionelle disziplinäre Dominanz von Juristen in der Bundesverwaltung geschwächt und die Nachfrage nach Politikwissenschaftlern mit Spezialwissen in den einschlägigen Politikfeldern verstärkt. Somit wird die Bundesverwaltung zu einem zunehmend interessanten und durchlässigen Berufsfeld für Politikwissenschaftler, nicht zuletzt deshalb, weil der Einstieg in das System Bundesverwaltung die räumliche und die sektorale Mobilität der Mitarbeiter deutlich erhöhen kann. Damit wird nicht nur der Arbeitsplatzwechsel zu Ministerien, gesetzlichen Interessensvertretungen (Kammern), den nachgeordneten Dienststellen oder der Länder- und Gemeindeverwaltung deutlich erleichtert. Es ergeben sich auch zahlreiche Möglichkeiten zur Arbeit mit den und für die Institutionen der EU, die OECD und für die Vereinten Nationen unter anderem als Delegierte in den Fachgremien, als abgeordnete nationale Sachverständige oder als Mitarbeiter der Ständigen Vertretungen Österreichs.